

**EHRENAMT  
MESSEN**  
N o r d d e u t s c h l a n d

**EHRENAMT  
FORUM**  
S c h l e s w i g - H o l s t e i n

**Dr. Lothar Dittmer**

**Vorstand der Körber-Stiftung**

**Auftaktveranstaltung  
EhrenamtForum und EhrenamtMessen 2011**

**Landeshaus, Schleswig-Holsteinischer Landtag**

**Kiel am 2. Februar 2011**

Das Ehrenamt hat Konjunktur. Gemeint ist damit die Bereitschaft von Menschen, sich freiwillig und unentgeltlich einer wichtigen Aufgabe in unserer Gesellschaft anzunehmen. Da „Ehrenamt“ mittlerweile etwas angestaubt klingt, ist heute meist von der Freiwilligenarbeit oder vom bürgerschaftlichen Engagement die Rede. Und dieses Engagement wird landauf, landab nicht nur gelobt, sondern auch unermüdlich beschworen.

Unser Bundespräsident etwa hat das freiwillige Engagement in den Mittelpunkt seiner letzten Weihnachtsansprache gestellt. Der Staat kann Rahmenbedingungen schaffen und finanzielle Unterstützung bereit stellen, so der Tenor aus Berlin, aber er kann den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht gewährleisten. Dafür brauchen wir, so Bundespräsident Wulff, Menschen, die Verantwortung übernehmen:

„Menschen, die sich in der Nachbarschaft um Kinder kümmern, für die Menschen mit Behinderungen von Anfang an selbstverständlich dazugehören. Menschen, die Kranke besuchen, einfach so, weil es für sie normal ist, eine Freude und ein persönlicher Gewinn. Menschen, die sich im Verein engagieren, im Chor oder in einer Bürgerinitiative ... Menschen, die sich mit anderen zusammenschließen, um neue Ideen zu verwirklichen. Die sich für Ämter zur Verfügung stellen, weil sie sich für ihre Stadt, für unser Land, für unsere Demokratie verantwortlich fühlen.“

Auch auf europäischer Ebene wird intensiv und heftig für das freiwillige Engagement getrommelt: Das Jahr 2011 ist zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit erklärt worden. Man will damit, so heißt es in den Ankündigungen, „die Freiwilligentätigkeiten in der Europäischen Union stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken und die Möglichkeiten für eine Bürgerbeteiligung verbessern.“ Immerhin 8 Millionen Euro fließen in diesem Jahr in Initiativen, die sich eine Stärkung des Engagements zum Ziel gesetzt haben.

Und schließlich: Alles was wichtig ist, braucht auch eine nationale Strategie. Seit Oktober des letzten Jahres gibt es sie, die „nationale Engagementstrategie der Bundesregierung“. Auf mehr als 60 Seiten wird das Engagement dokumentiert, sortiert und analysiert. Am Ende bleibt die Feststellung der Bundesregierung, dass es noch eine ganze Reihe von „Hausaufgaben“ zu erledigen gilt, bevor die Rahmenbedingungen für das Engagement so sind, wie es sich die Politik UND die Bürger (wenn denn das ein Gegensatz ist) wünschen. Für den „Erhalt der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft“, so heißt es am Schluss des Berichts, ist die Entwicklung einer „modernen Engagementpolitik unerlässlich.“

Wenn das Ehrenamt, das Engagement und die Freiwilligentätigkeit so oft und so intensiv beschworen werden, liegt der Verdacht nahe, dass hier irgendetwas im Argen liegt. Denn alles, was tadellos läuft und selbstverständlich ist, findet eben auch in der Regel weder auf der politischen Bühne noch in den Medien einen Widerhall.

Wie also steht es in Deutschland um die Freiwilligentätigkeit, das Engagement und das Ehrenamt?

Eigentlich, so lautet die Antwort, ganz gut: In Deutschland sind 23 Millionen Menschen (also ein knappes Drittel der Bevölkerung) über 14 Jahren ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden, Initiativen oder Kirchen tätig. Viele Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens würden ohne Ehrenamtliche gar nicht mehr existieren. Neben der Betreuung von Kindern, Kranken und alten Menschen zählen u. a. dazu – ohne den Anspruch von Vollständigkeit –: Dienste bei Jugendorganisationen, im Natur-, Umwelt- und Tierschutz, Berghütten und Wandervereine, Bewährungshilfe, Telefonseelsorge, Caritas und Diakonie, Hilfsorganisationen, Umsonstläden, Hausaufgaben-Nachhilfe, Helfer in vielen Krankenhäusern, Altenheimen und Behinderteneinrichtungen, in Sport-, Kultur- und anderen Vereinen. Die Freiwilligen Feuerwehren, wichtigste Stütze der aktiven Gefahrenabwehr in Deutschland, haben ausschließlich ehrenamtliche Mitglieder. Auch den Katastrophenschutz der Bundesrepublik Deutschland gewährleisten größtenteils ehrenamtliche Kräfte.

Wenig überraschend ist es, dass sich vor allen Dingen Personen mit besseren bildungsmäßigen, beruflichen und finanziellen Voraussetzungen engagieren. Engagement ist vor allen Dingen ein Phänomen der bürgerlichen Mittelschicht.

Im Blick auf die Geschlechter gibt es so etwas wie eine Arbeitsteilung: Der zahlenmäßig größere Teil ehrenamtlicher und freiwilliger Tätigkeiten wird von Männern ausgeübt. Allerdings sind es meist die Ämter und Funktionen, die von ihnen übernommen werden.

Wenn es um das praktische Tun geht, wird das ehrenamtliche Engagement überwiegend von Frauen geleistet. Insbesondere gilt das für Felder mit relativ hohen Anforderungen und intensiven Belastungen wie etwa im sozialen Bereich oder im Gesundheitswesen.

Was die räumliche Verteilung des Engagements angeht, ist Deutschland zweigeteilt. Während sich in den südlichen Bundesländern und den ländlichen Regionen im Westen fast die Hälfte der Bevölkerung engagiert, sind es in Berlin und den östlichen Regionen wie z.B. in Vorpommern nur ein Fünftel aller Bürger. Insbesondere in ländlichen Gegenden mit einer relativ großen Zahl von Familien ist das Engagement überdurchschnittlich hoch. In den Metropolen wie Hamburg, Berlin oder Köln drücken hingegen die vielen Single-Haushalte sowie eine geringere Bindung an Religionsgemeinschaften die Quote.

Erstaunlich ist, dass ausgerechnet die ältere Generation mit mehr Zeit und Lebenserfahrung beim Engagement auf den hinteren Plätzen landet. So engagieren sich von den Über-55-Jährigen nur 26 Prozent für das Gemeinwohl, bei den 30- bis 55-Jährigen sind es immerhin 34 Prozent. Offenbar spielt es dabei eine große Rolle, dass sich vor allen Dingen Eltern dann engagieren, wenn es um die Lern- und Erziehungsorte ihrer Kinder vom Eintritt in den Kindergarten bis zum Bildungsabschluss in der Schule geht. Das Potential Älterer ist in jedem Fall auf dem Engagementfeld noch nicht ausgeschöpft.

Auch der volkswirtschaftliche Nutzen von ehrenamtlicher Arbeit ist längst beziffert worden. Die 16,2 Stunden, die in Deutschland monatlich und durchschnittlich geleistet werden, entsprechen demnach rund 3,2 Millionen Vollarbeitsstellen und

damit bei einem Stundenlohn von mäßigen 7,50 Euro einem Arbeitswert von 35 Milliarden Euro.

Das Hauptmotiv für freiwilliges Engagement ist das Bedürfnis der Bürger/innen zur gesellschaftlichen Mitgestaltung (wenigstens oder gerade im Kleinen). Dazu kommt das Bedürfnis nach sozialen Kontakten und sozialer Einbindung. Altruistische Motive, Spaß zu haben und mit sympathischen Menschen in Kontakt zu kommen, stehen im Vordergrund der konkreten Erwartungen an die freiwillige Tätigkeit. Für drei Viertel ... ist es darüber hinaus wichtig, Kenntnisse und Erfahrungen zu erweitern. Ein möglicher beruflicher Nutzen ist dagegen nur für eine Teilgruppe von rund 20 % von Bedeutung. Allerdings nimmt bei jungen Leuten und Arbeitslosen die so genannte Interessensorientierung (also der Versuch, sich durch das Engagement für den Arbeitsmarkt interessant zu machen) deutlich zu.

Insgesamt lässt sich sagen, dass die Bürgergesellschaft so etwas wie ein dritter Sektor neben Staat und Wirtschaft ist, ein unverzichtbares Potential, um das gesellschaftliche Leben in Deutschland aufrecht zu erhalten. Insofern sind die Appelle der Politik verständlich, das Engagement mindestens auf dem bisherigen Niveau zu erhalten oder bei bestimmten gesellschaftlichen Gruppen oder in spezifischen Regionen sogar noch zu verstärken.

Die viel zitierte Sorge, dass sich die Deutschen nicht mehr ausreichend um andere kümmern und vor allem ihrem Hedonismus, ihrer Genusssucht frönen, wird durch Zahlen nicht gestützt und ist bestenfalls ein Teil der Wirklichkeit. Es gibt immer noch eine stark ausgeprägte Bereitschaft für das Engagement, das Ehrenamt und die Freiwilligentätigkeit.

Es gibt sogar einen Bereich der Zivilgesellschaft, der auch institutionell mit einem rasanten Tempo wächst, der Bereich der Stiftungen. Über 15.000 von ihnen gibt es mittlerweile bundesweit, von großen „Tankern“ wie der Bosch-Stiftung oder der Körber-Stiftung bis hin zu Bürgerstiftungen, die eminent wichtig sind für die Unterstützung und Professionalisierung des Engagements „vor Ort“. Fast hat man das Gefühl, dass mit diesen Stiftungen eine Gemeinwohl-Infrastruktur entstanden ist, die dem Engagement eine neutrale Basis jenseits von Staat und Wirtschaft verschafft. Jedenfalls hat die Zivilgesellschaft durch diese neue Organisationsform Auftrieb, Kraft und Selbstbewusstsein bekommen.

So weit das Positive.

Es gibt aber auch eine kritische Diskussion über Freiwilligendienste, Ehrenämter und Engagement, die mit der Entwicklung der letzten Jahre zu tun hat. Denn manchmal entsteht der Verdacht, dass der Staat die private Initiative nur deswegen so lobt, weil er selbst nicht mehr willens oder in der Lage ist, seine Verpflichtungen vor allen Dingen in der Kultur oder in der Bildung, vor allen Dingen aber im sozialen Bereich wahrzunehmen.

Nehmen wir das Beispiel der vielen Tafeln in der Bundesrepublik, die alle auf zivilgesellschaftliches Engagement und das Ehrenamt zurückgehen. An mehr als 800 Orten in Deutschland stehen jeden Tag Menschen an, um sich von privaten Tafeln und Suppenküchen mit Essen versorgen zu lassen.

Ein gutes Engagement. Einerseits. Hungernde werden satt, der Überfluss der Konsumgesellschaft wird verteilt. Andererseits: Sollte sich nicht lieber der Sozialstaat darum kümmern, die Quellen von Hunger und Armut zu beseitigen? Festigen die Suppenküchen vielleicht sogar die Not hierzulande? Steuern wir auf amerikanische Verhältnisse zu? Selbst ein Mann wie der Vorsitzende des Dachverbandes der Deutschen Tafeln ist sich da nicht ganz sicher. Es gibt die Notwendigkeit für jede einzelne Tafel und den berechtigten Stolz auf das eigene Engagement. Es gibt aber auch die Sorge, dass man gerade durch das eigene Engagement den weiteren Rückzug des Staates von seinen Kernaufgaben beschleunigt.

Engagement und Freiwilligentätigkeit sind, das sagen alle, kein Ersatz für den Sozialstaat. Die unentgeltliche Arbeit des Einzelnen und die Arbeit von Stiftungen, Vereinen und Initiativen kann schon aus rein quantitativen Gründen immer nur eine Ergänzung der Basisversorgung sein. Keine zivilgesellschaftliche Einrichtung kann wie der Staat große Geldmittel durch das Erheben von Steuern generieren. Selbst der Etat einer Körper-Stiftung ist kleiner als der etwa der Hamburger Oper oder einer einzigen Universität. Der Staat hat seine Pflicht zu erfüllen, privates Engagement ist die Kür. Im Moment fehlt es an einer klaren Grenzziehung zwischen Kür und Pflicht. Daran wird in den kommenden Jahren gearbeitet werden müssen.

Auch die Frage, wie viel Mitsprache die Engagierten haben, wenn sie eine wichtige ehrenamtliche Aufgabe übernehmen, ist im Verhältnis zum Staat – und das sind in der Fläche in der Regel die Kommunen – ungeklärt. So lange sich das Engagement in der Form der klassischen Charity bewegt, so lange Töpfe bereit gestellt werden, um die Klassenfahrten bedürftiger Schüler oder die neuen Spielgeräte für den Kindergarten zu beschaffen, so lange Personaleinsparungen in den Bücherhallen und in den Freibädern aufgefangen werden können, gibt es, oh Wunder, eine ungeteilte Zustimmung seitens der Politik.

Beliebt ist also vor allen Dingen das „stille“, das „brave“ Engagement im sozialen und karitativen Bereich, im Sport- und im Gesangsverein. Während eine breite Partizipation und erst recht politischer Protest (auch das ist Engagement) für die gewählten Volksvertreter unbequem ist, erscheint der Einsatz für Migranten, für Bildung und für sozial Benachteiligte oder Senioren ganz besonders förderungswürdig – Engagementpolitik wird daher gerne und schnell auf diesen Bereich verkürzt.

Sehr viel schwieriger wird es allerdings immer dann, wenn selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger die Bereitschaft zum Engagement mit der Forderung nach Mitsprache und Mitgestaltung verbinden. Heribert Prantl von der SZ hat dies im Jahr 2009 wie folgt auf den Punkt gebracht: „Beim Wort 'Zivilgesellschaft' kriegen viele Politiker einen barmherzig-gütigen Gesichtsausdruck; beim Wort 'Attac' friert ihnen dann die gute Miene wieder ein.“ Was Attac, also die Bewegung der Globalisierungskritiker, im Jahr 2009 war, das war Stuttgart 21 im Jahr 2010.

Engagement in der neuen, modernen Form lässt sich nicht mehr auf das Sammeln von Spenden und das Verteilen von Geschenken reduzieren. Neben den klassischen Formen des Ehrenamtes und der Freiwilligenarbeit, die natürlich weiterhin unverzichtbar bleiben, sind neue, forderndere Bewegungen entstanden, die selbst

mit einem politischen Sendungsbewusstsein und einem umfassenden Gestaltungswillen auftreten. Viele Ehrenamtliche und Engagierte wollen nicht mehr nur Helfern, sondern auch Anreger und manchmal auch sogar Aufreger sein.

Die Zivilgesellschaft umfasst heute ein sehr breites Spektrum, noch viel breiter, als es bei den Volksparteien in ihren besten Zeiten war. Sie reicht vom Sportverein und der Freiwilligen Feuerwehr über die Bürgerinitiative und die lokale Gruppe von amnesty international bis hin zur Milliardärsstiftung und politischen Bewegungen wie dem Naturschutzbund BUND. Ein Zurück zur einfachen Aufteilung in die, die etwas zu sagen haben, und die, die für etwas soziale Wärme und kulturelle Behaglichkeit sorgen, wird es nicht geben.

Auch die großen Wohlfahrtsverbände müssen sich überlegen, woran es liegt, dass sich bei ihnen nicht mehr so viel privates Engagement trifft, sammelt und bündelt wie in der Vergangenheit. Beim Stichwort Wohlfahrtsverband denkt man heute in erster Linie nicht an einen Zusammenschluss von sozial engagierten Menschen, sondern an Apparate, die das Soziale verwalten; man denkt an Funktionäre, die Verbandspolitik betreiben, man denkt an Unternehmen, die den Markt unter sich aufteilen.

Die zweifellos notwendige Professionalisierung der Wohlfahrtspflege hat leider auch dazu geführt, dass freiwilliges privates Engagement vielfach eher als störend empfunden wird. Ich kenne nicht nur einen Fall, in dem gut ausgebildete, hochgradig motivierte und zeitlich flexible Bürgerinnen und Bürger als Freiwillige von den Profis abgewiesen worden sind. Die Wohlfahrtsverbände werden stärker als bisher darüber nachdenken müssen, das Ehrenamt wieder neu zu würdigen, besser in ihre Arbeit einzubauen und als wichtige Stütze für ihr eigenes Ansehen zu begreifen. Es geht also mehr als bisher darum, die Politik, die professionelle Arbeit und das Ehrenamt miteinander zu vernetzen und nicht voneinander zu trennen.

Was muss konkret getan werden, damit das Ehrenamt nicht nur in Weihnachtsansprachen und nationalen Engagementplänen glänzt, sondern eine zentrale Säule unserer Gesellschaft bleibt? Wie können wir dafür sorgen, dass das Engagement nicht als lästige Pflicht gesehen wird, sondern als lebendiger Beitrag zur Gestaltung unserer Gesellschaft gestärkt wird?

Ich möchte zur Beantwortung dieser Fragen auf drei zentrale Herausforderungen hinweisen.

### **1. Wir brauchen unterschiedliche Engagement-Angebote und eine stärkere Reaktion auf die Individualisierung unserer Gesellschaft.**

Sicherlich: Sportvereine, Feuerwehren oder Naturschutzgruppen sind weiterhin ein unverzichtbares Element des Engagement. Traditionell waren und sind die Deutschen oft in Vereinen oder in dauerhaft organisierten Gruppen engagiert. Immer noch sind es Millionen von Menschen, die nahezu unentgeltlich als Trainer im Sportverein, als Mitglied im Kirchenvorstand oder als Aktive bei den Landfrauen tätig sind. Dies ist (noch) das Rückgrat der deutschen Freiwilligentätigkeit.

Mittendrin zeigt sich aber auch das neue Gesicht des Ehrenamts in Deutschland. Der Hauptgrund: Eine lange Bindung an einen Verein passt nicht mehr ins Lebenskonzept vieler Menschen, immer mehr arbeiten lieber in zeitlich befristeten Projekten mit. Man bleibt nicht mehr von der Wiege bis zur Bahre in einer Organisation. Das liegt auch an der Mobilität, die von Arbeitnehmern verlangt wird: Menschen ziehen beruflich bedingt häufiger um als früher, das trifft auch und gerade die dauerhaft organisierten, ortsgebundenen Formen des Engagements. Viele Vereine klagen daher über Überalterung und Mitgliederschwund.

Die Flexibilisierung von Arbeitszeiten erschwert zudem das Engagement. Wie soll eine Nachwuchs-Führungskraft jeden Montag ab 19 Uhr die Fußballzwerge trainieren, wenn häufig Dienstreisen oder ein spontanes Meeting mit dem Chef anstehen? "Es ist ein Dilemma", sagt Annette Zimmer, Engagementexpertin an der Universität Münster. "Jene, die bisher in Vereinen Verantwortung übernommen haben, müssen in ihren Berufen immer mobiler sein." Vereine müssten darauf reagieren und sowohl die Möglichkeiten der Mitarbeit als auch ihre Strukturen verändern, wenn sie überleben wollen.

Auch die Gründe für einen ehrenamtlichen Einsatz haben sich verändert. Stärker als früher wird nach dem Nutzen für das eigene Leben gefragt. So sind viele Selbsthilfegruppen von Patienten und Betroffenen gegründet worden. Ältere engagieren sich in Besuchsdiensten für pflegebedürftige Menschen, weil sie wissen, dass das Problem der sozialen Vereinsamung auch auf sie zukommen wird. Und es finden vor allen Dingen solche Initiativen Zuspruch, in denen Beteiligte etwas lernen und sich selbst verwirklichen können. Wer sich ausprobieren möchte, will nicht jede Woche an einer Sitzung teilnehmen. Wer gute und fähige Mitarbeiter gewinnen will, muss auch über Anreize und Incentives nachdenken. Die Bürgergesellschaft muss hier das nachholen, was die Wirtschaft längst tut.

Es ist ein Selbstbetrug, zu glauben, dass sich die Engagementströme beliebig lenken lassen. Noch hoffen viele, dass sich die entstehenden Lücken etwa in den Vorständen von Vereinen durch ausreichend Werbung werden füllen lassen. Aber am Ende wird die Einsicht siegen, dass die Strukturen und Aktivitäten den Bedürfnissen der Engagierten angepasst werden müssen und nicht umgekehrt. Die Individualisierung als langfristiger Trend wird sich nicht brechen lassen.

**2. Das Ehrenamt braucht gute (staatliche) Rahmenbedingungen für seine Entfaltung und professionelle Strukturen für seinen Erfolg. Nur dann kann das Engagement eine tragende Rolle für die Gestaltung unserer Gesellschaft übernehmen.**

Der Blick auf das Engagement ist nach wie vor zwiespältig. Einerseits wird landauf, landab betont, dass der Staat nicht mehr die gesamte Daseinsvorsorge leisten kann. Andererseits bleibt unklar, ob, wo und wie die „Obrigkeit“ Aufgaben und Verantwortung an die Bürger abtreten kann und will.

Um ernst genommen zu werden, ist zunächst einmal die Bürgergesellschaft selbst gefragt: Sie braucht einen Professionalisierungsschub, sie muss ihre Rolle, ihre Ziele, ihre Instrumente und Methoden überdenken und an die neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen. Oder um es plastischer zu

formulieren: Die neuen Engagierten müssen von Honoratiorenclubs und Sponsorenzirkeln zu kleinen Sozialunternehmen mit klar definierten Geschäftsfeldern und ebenso professionellen wie effektiven Projektstrukturen werden. Nur dann können sie auf „Augenhöhe“ mit Kommunen oder Unternehmen agieren, nur dann werden sie ernst genommen, und nur dann lassen sich nachhaltige und bleibende Wirkungen erzielen.

Wenn man sich das aktuelle bürgerschaftliche Engagement ansieht, dann lässt sich feststellen, dass es derzeit mindest zwei deutlich voneinander zu unterscheidende Kulturen von Engagement gibt. Zum einen die Menschen, die sich im Rahmen vorgegebener Aufgaben und Strukturen bewegen, die etwa als freiwillige Helfer in der Kleiderkammer der Diakonie oder bei einer der zahlreichen Tafeln aushelfen, zum anderen Initiativen, für die die konkreten Verhältnisse in einer Kommune, in einem Stadtteil oder an einem Brennpunkt die Herausforderung sind, aktiv zu werden und nach Lösungen zu suchen. Dienstleistungen für die Gemeinde oder eigenverantwortliches soziales Unternehmertum, das mag vielleicht eine etwa zu scharfe Unterscheidung sein, da es natürlich auch viele Graubereiche gibt, aber es geht letztlich schon darum, mit welchem Selbstverständnis die Engagierten an die Arbeit gehen.

Engagierte Bürgerinnen und Bürger haben die Wahl, eine Art Freundeskreis der Gemeinde zu sein, der immer dann angesprochen wird, wenn hier noch einmal 500 € für ein Spielgerät im Kindergarten benötigt werden oder dort der Sportverein einen Zuschuss für eine Reise benötigt, oder dauerhaft und verantwortlich in die Gestaltung der kommunalen Angelegenheiten einbezogen zu werden. Beides ist legitim, aber im Sinne der Entwicklung einer neuen Bürgergesellschaft plädiere ich für den zweiten Weg. Es ist der Schritt von der Wohltätigkeit zur Mitgestaltung.

Um es sehr deutlich zu sagen: Es gibt nicht das bessere oder das schlechtere Engagement, aber es gibt neue Herausforderungen, die sich mit den bisherigen Formen des Ehrenamtes und der Freiwilligenarbeit nicht mehr werden lösen lassen. Das ist mittlerweile auch erkannt worden, und der Staat hat darauf reagiert, indem er seinen Bürgern heute mehr Möglichkeiten als noch vor einigen Jahren gewährt, sich jenseits von Parteien, Vereinen und Verbänden zu organisieren. Stiftungen sind so ein neuer Typus von zivilgesellschaftlicher Professionalisierung, und ich möchte hier kurz auf die Bürgerstiftungen eingehen, die für unser Thema von besonderer Bedeutung sind.

1996 ist in Deutschland die erste deutsche Bürgerstiftung gegründet worden. Bürgerstiftungen wollen möglichst viele Menschen aus ihrem Einzugsgebiet einbinden und dafür begeistern, Geld, Zeit und / oder Ideen einzubringen.

Bürgerstiftungen sind seitdem zu einem echten Erfolgsmodell geworden. An 250 Orten engagieren sich mittlerweile 16.000 Stifterinnen und Stifter, sechs Mal auch in Schleswig-Holstein (Ahrensburg, Henstedt-Ulzburg, Ostholstein, Ratzeburg, Rendsburg, Stormarn), weitere Standorte sind in der Vorbereitung. Das Gesamtkapital der Bürgerstiftungen beträgt mittlerweile mehr als 150 Mio. Euro.

Bürgerstiftungen sind deswegen besonders attraktiv, weil sie nicht nur Geldsammelstellen sind, sondern schlagkräftige Apparate für ein eigenes operatives



Engagement zur Verfügung stellen. Sie stoßen z.B. soziale Projekte an, investieren in die Bildung und kümmern sich um Kinder und Jugendliche. Sie sind aber auch Ansprechpartner für die Kommunen, wenn es um die Weiterentwicklung von Strukturen geht. In Stuttgart, in Dresden, oder in Hamburg, wo es besonders starke Bürgerstiftungen gibt, sind sie zu einem maßgeblichen Sprachrohr der Bürgergesellschaft geworden, unabhängig, kompetent und anerkannt. Das ist das „neue Gesicht“ des bürgerschaftlichen Engagements.

**3. Engagierte wollen weder der kostengünstige Ersatz für hauptamtlich Angestellte noch das soziale Gewissen der Regierenden sein. Wo sie helfen, wollen sie auch Mitsprache- und Gestaltungsrechte.**

Sind die Bürgerinnen und Bürger überhaupt in der Lage, selbst Verantwortung zu übernehmen? Sollten sie nicht das Gestalten und Entscheiden lieber den Profis in den Verwaltungen und Verbänden überlassen?

Zunächst einmal: Engagierte registrieren sehr wohl, dass es eine Tendenz gibt, ihnen unbezahlte Aufgaben zu übertragen, die in den Jahrzehnten zuvor in den Bereich der staatlichen Fürsorge gefallen sind. Und noch wichtiger: Wie in einer umfangreichen internationalen Untersuchung herausgefunden worden ist, gibt es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen wohlfahrtsstaatlichen Aktivitäten und der Bereitschaft, sich persönlich ehrenamtlich zu engagieren. Festgestellt wurde, dass die Länder mit den höchsten Werten staatlicher sozialer Verantwortung und Wohlfahrtspolitik (etwa die Niederlande und Schweden) gleichzeitig die höchsten Werte an unentgeltlichem Bürgerengagement aufweisen.

Zieht sich hingegen ein Staat aus seiner sozialen Verantwortung zurück, wie dies etwa in den USA und in den letzten Jahren auch in Deutschland zu beobachten ist, sinkt die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu betätigen. Der Bürger regiert also sensibel auf das, was ihm politisch vorgelebt wird. Soziales Engagement ist an entsprechende soziale, rechtliche, strukturelle Rahmenbedingungen gebunden. Wo der Staat sozial abrüstet und abdankt, entfernen und entfremden sich die Menschen voneinander. Jeder verfährt dann nach dem Prinzip: Rette sich, wer kann.

Der Staat muss es also doppelt ernst meinen mit seinen Bürgern. Er muss selbst alle denkbaren Anstrengungen für das Gemeinwohl unternehmen. Und er muss den Bürgern dort, wo er sie in die Pflicht nehmen will, auch eine Gegenleistung bieten. Für mich besteht diese Gegenleistung vor allem im Angebot von Gestaltungs- und Entscheidungskompetenzen auf der lokalen und der regionalen Ebene. Es geht um die politische Unterstützung von Menschen, die ihre Probleme selbst lösen wollen und den Mut zur Verantwortung haben, und es geht schließlich auch um eine Neuverteilung der Macht.

Machen wir es an einem Beispiel fest, der Umwandlung eines bisher kommunalen Freibades in ein sogenanntes „Bürgerbad“. Dies kann eine kluge Weiterentwicklung von kommunalen Strukturen sein, wenn sie von beiden Seiten als ein Baustein eines umfassenderen Konzeptes von Bürgerbeteiligung gedacht wird. Es kann aber genauso gut die schlichte Erpressung in einer finanziellen Notsituation bedeuten: Wir machen das Bad dicht, weil wir pleite sind oder es findet sich jemand, der es weiter betreibt.

Im ersten Fall geht es um die gemeinsame Suche nach einer Lösung auf „Augenhöhe“ (vielleicht sogar noch unter Einbeziehung von Unternehmen aus dem Ort, also trisektoral). Die Kommune überlegt gemeinsam mit engagierten Bürgern, wie die soziale Verantwortung der öffentlichen Hand mit den Stärken von Bürgerbeteiligung verknüpft werden kann. Gesucht wird dann aber nicht nur ein neuer Träger für das Freibad, sondern ein anderes Modell für die Teilung von Verantwortung und Mitbestimmung.

Im zweiten Fall ist es die Fortsetzung der „alten Politik“, verbunden mit einer kommunalpolitischen Bankrotterklärung. Bürger fungieren dann als Gratisarbeiter, die bislang öffentliche Aufgaben übernehmen. Sie treten in Pflichten ein, ohne in ein kommunales Gesamtkonzept einbezogen zu werden oder ein Teil davon zu sein. Das ist ein schlichter Rückzug der Kommune aus der Verantwortung und keine Bürgerbeteiligung. Es geht dann darum, etwas „abzustoßen“ und nicht, das Gemeinwesen unter veränderten Rahmenbedingungen attraktiv, bürgernah und zukunftsweisend umzubauen.

Die Rückzugsvariante scheint mir im Moment noch zu dominieren. Sie haben sicherlich in den letzten Monaten die Debatten über die Hamburger Museen mitverfolgen können, die vor einigen Jahren in Stiftungen umgewandelt worden sind. Die Idee war eine im Grundsatz gute: Mit der Stiftungsgründung sollten die Museen von der Stadt unabhängiger werden und sich selbst eine neue organisatorische, finanzielle und inhaltliche Verfassung geben können. Das Problem ist allerdings, dass diese Stiftungen chronisch unterfinanziert sind und zugleich die Stadt Hamburg in allen Stiftungsgremien das Letztentscheidungsrecht behalten hat. So sind diese Stiftungen gerade kein Beispiel für die neue Bürgergesellschaft, sondern nur eine Hülle, die Modernität und Offenheit vortäuscht, wo es eigentlich nur um die Deckelung von Kosten und um Einsparmaßnahmen geht. Nun steht Hamburg vor einem Scherbenhaufen und hat auch das Vertrauen der Engagierten in diesen Stiftungen verspielt.

Vom Bürger darf eine ganze Menge erwartet werden. Man kann vom ihm erwarten, dass er sich nicht nur um seinen privaten Wohlstand und seinen eigenen Nutzen kümmert, sondern auch Verantwortung für die Gemeinschaft übernimmt. Die gute Nachricht des heutigen Tages ist: Sehr viele tun das und bilden damit schon bisher das soziale und z.T. auch das kulturelle Rückgrat unserer Gesellschaft, ob sie nun ein Ehrenamt übernehmen oder sich als Freiwillige engagieren. Ihnen gebührt Dank und Anerkennung.

Wenn es jetzt allerdings auch um eine Neubestimmung im Verhältnis von Staat und Bürgern geht, dann reicht die eingespielte Arbeitsteilung nicht mehr aus. Wer mehr Engagement will, darf nicht nur willkommene Leistungsbeiträge im Sozial- und Bildungssystem oder in der Kultur beschwören. Wer mehr Engagement will, muss auch dem legitimen Interesse der Bürger nachkommen, auf die Gestaltung der Politik auch zwischen den Wahlen Einfluss nehmen zu können. Der Preis für eine aktive Bürgergesellschaft besteht in einer Weiterentwicklung unserer Demokratie. Die generelle Entfremdung von Politik und Bürgern ist ja kein Ammenmärchen, sondern wird durch eine zunehmende Wahlabstinenz ebenso bestätigt wie durch die „Wutbürger“ von Stuttgart und Gorleben. Es ist eben längst nicht mehr der „schwarze

Block“, der hier regiert, sondern eine sehr engagierte und zugleich frustrierte bürgerliche Mittelschicht.

Hier liegt aber zugleich auch die große Chance für ein neues Miteinander von Staat und Bürgergesellschaft. Es gilt, über die Balance und die Machtverteilung zwischen den gewählten Vertretern in den Parlamenten und den Engagierten außerhalb der Parlamente neu nachzudenken, es gilt, neue Kommunikationsformen, neue Verfahren und neue Beteiligungsstrukturen zu schaffen, und es gilt, gemeinsam genauer zu bestimmen, was eine öffentliche Aufgabe ist und was nicht. Das klingt anstrengend und ist es wahrscheinlich auch. Aber ohne diesen Preis werden die Potentiale der leistungsfähigen, selbstbewussten und auch finanzkräftigen Teile der Bürgergesellschaft nicht mehr zu gewinnen sein. Umso stärker die Bürgergesellschaft wird, desto mehr wird sie auch zu einem gesellschaftspolitischen Faktor neben Politik, Wirtschaft und Verbänden werden Und das ist auch gut so!